

Antrag 75/I/2021
SPD-Unterbezirk Dahme-
Spreewald, SPD-Ortsverein Königs
Wusterhausen
Der/Die Landesparteitag möge
beschließen:

Empfehlung der Antragskom-
mission
Überweisen an: Landtagsfrak-
tion (Konsens)

Baldige Verlängerung U-Bahnlinie U7 bis nach Schönefeld (es eilt)

1 Die SPD-geführte Landesregie-
2 rung und die Landesgruppe
3 Brandenburg in der SPD-
4 Bundestagsfraktion werden
5 aufgefordert, sich aktiv für die
6 Verlängerung der U-Bahnlinie
7 U7 von Berlin-Rudow bis nach
8 Schönefeld und für einen über-
9 regionalen ÖPNV-Knotenpunkt
10 mit Anschluss an die A113 in Wal-
11 tersdorf einzusetzen. Bund und
12 das Land Berlin haben bereits
13 entsprechende Planungen und
14 politische Willensbildung voran-
15 getrieben, um bis 2030 dieses
16 länderübergreifende Projekt zu
17 verwirklichen. Am Land Branden-
18 burg mit seinen Kommunen darf
19 dieses Vorhaben nicht scheitern.

20

21 **Begründung**

22 Es geht hier nicht nur um ei-
23 ne weitere Zuwegung zum Flug-
24 hafen BER – ganz im Gegen-
25 teil: die südliche Region Bran-
26 denburgs hat Zuzug an Mitbür-

Es handelt sich um eine Einzel-
maßnahme.

27 ger*innen im 5-stelligen Bereich
28 und mehr. Schon heute ist die
29 Infrastruktur für Brandenburger
30 Pendler*innen im Verkehr nach
31 und von Berlin an seiner Kapa-
32 zitätsgrenze. Selbst ein Ausbau
33 der vorhandenen Träger Straße
34 / Schiene wird nicht reichen die
35 verschiedenen Engpässe vor Ber-
36 lin auf Brandenburger Gemar-
37 kung zu beseitigen.

38 Mit der U7 besteht die Chance ei-
39 nen weiteren (zusätzlichen) Ver-
40 kehrsträger auf dem Weg von /
41 zur Arbeit in Berlin bzw. umge-
42 kehrt im prosperierenden Bran-
43 denburger Süden zu generieren.
44 Selbst für Pendler*innen aus der
45 Lausitz bestünde die Möglichkeit
46 über P+R in Waltersdorf bspw.
47 animiert über verkehrsaktuelle
48 Hinweisschilder in den umwelt-
49 verträglicheren ÖPNV ohne gro-
50 ße Zeitverluste umzusteigen.

51 Dieses Vorhaben kann nicht
52 aufgrund seiner Einordnung
53 als ÖPNV-Vorhaben durch die
54 betroffenen Landkreise und
55 Kommunen allein bewältigt wer-
56 den. Die Millionen-Investitionen
57 trotz in Aussicht gestellter
58 70%iger Co-Finanzierung des
59 Bundes überfordern die regio-
60 nalen Kassen – außerdem reden

61 wir hier über eine Maßnah-
62 me der Verkehrsverlagerung,
63 von der die Bürger*innen des
64 Landes Brandenburg in Gänze
65 profitieren.